



## „Die Ukraine darf nicht kollabieren“

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen fordert: Der Westen muss das umkämpfte Land finanziell massiv unterstützen – ähnlich wie Griechenland. Einen großen Krieg mit Russland erwartet er nicht. / Von Daniel Bräuer

Norbert Röttgen (49; Foto: Alex) galt als einer der engsten Vertrauten von Angela Merkel in der CDU. Nach der NRW-Landtagswahl 2012, bei der er als Spitzenkandidat unterlag, entließ Merkel ihn kurzerhand als Umweltminister. Heute ist der Rheinländer als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses einer der wichtigsten Außenpolitiker im Bundestag.



Am Dienstagabend sprach Röttgen am Heidelberg Center for American Studies (HCA) über die Zukunft der transatlantischen Freundschaft. Seine These: Die Bedingungen des Kalten Krieges sind weggefallen. Das Bündnis muss sich einen neuen Zweck suchen – die Arbeit an einem neuen Ordnungsrahmen für eine Welt, die in Zeiten von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Terror im Chaos zu versinken droht. Die RNZ traf Röttgen zum Interview.

> **Herr Röttgen, kommt zwischen NSA-Skandal, Drohnenkrieg und CIA-Folterbericht auch ein Transatlantiker manchmal ins Zweifeln?**

Nein, ich bin überzeugter Transatlantiker. Aber zu dieser transatlantischen Partnerschaft gehören auch Meinungsverschiedenheiten. Die Frage NSA ist eine gravierende, in der ich vor allem bedaure, dass wir sie nicht aufgelöst haben. Aber im Angesicht all der Bedrohungen, die wir erleben, von Russland/Ukraine über IS und andere, stelle ich immer wieder fest: Wir haben keine besseren Freunde in der Welt.

> **Was Sie Meinungsverschiedenheiten nennen, könnte auch ein Riss im gemeinsamen Wertefundament sein.**

Nein, das Wertefundament steht und ist stark. Man muss aber auch die unterschiedlichen Wahrnehmungen respektieren. Wir haben keine Unterschiede in den Grundwerten, aber in Präferenzen oder politischen Meinungen, über die wir reden müssen.

> **In der Ukraine-Krise haben die USA beim Thema Waffenlieferungen eine ganz andere Haltung als viele Europäer.**

Ich kann das intellektuell respektieren. Ich halte es aber politisch für den falschen Weg. Es ist eine sehr wichtige Frage, eine von Frieden und Sicherheit in Europa. Es ist vor allem eine unterschiedliche Folgenanalyse. Die deutsche Sicht ist die: Waffenlieferungen an die Ukraine würden Putin das Narrativ liefern, den Krieg gegen die Ukraine auszuweiten und zu beschleunigen. Das ist auch meine Meinung. In den USA wird die Position viel stärker gesehen: Es ist Unterstützung für einen, der einer Aggression ausgesetzt ist. Und man muss dem Aggressor entgegentreten.

> **... entgegentreten, um die Kosten für den Aggressor hochzutreiben und ihn so abzuschrecken. Nicht weil man ihn wirklich besiegen könnte.**

Die amerikanischen Politiker machen auch moralische Gründe geltend, nämlich die Ukraine nicht im Stich zu lassen. Politisch argumentieren sie: Wenn wir zulassen, dass die Ukraine praktisch schutzlos ist, dann hat Putin alle Möglichkeiten. Wir müssen auch politisch Pu-

tin etwas entgegensetzen. Ansonsten kommt es nie zu wirksamen Verhandlungen.

> **Wie weit, glauben Sie, ist Putin bereit, militärisch zu gehen?**

Nationalismus und territoriale Ausweitung sind die Basis seiner neuen Popularität. Ich glaube, er verfolgt das Ziel, seine Macht nach innen zu sichern und gleichzeitig die geopolitische Macht Russlands auszuweiten. Er wird diese Logik noch weiter verfolgen.

> **Hat er dabei Ambitionen über die Ukraine hinaus?**

Es geht bei seinem hegemonialen Anspruch nicht nur um die Ukraine. Sie ist ein wichtiger Teil eines größeren Bildes, nämlich eine neue restaurierte Machtposition in Europa und darüber hinaus zu erringen.

> **Das würde ehemalige Sowjetrepubliken im Baltikum mit einschließen?**

Die baltischen Länder sind Teil der Nato und damit stehen sie unter dem Schutz des Bündnisses. Ich rechne mit Einschüchterungen, die es auch jetzt schon gibt. Aber nichts, was die Schwelle des Nato-Bündnisfalls auslösen würde.

> **Eine direkte militärische Konfrontation zwischen Nato und Russland schließen Sie aus?**

Ich rechne damit in keiner Weise.

> **Wenn wir der Ukraine nicht mit Waffenlieferungen helfen sollten – was bleibt übrig?**

Ich bin der Auffassung, dass Putins Kal-

kül ist, dass die Ukraine im Laufe des Jahres 2015 kollabiert – jedenfalls schneller als Russland unter seinen enormen Schwierigkeiten ins Straucheln kommt.

> **Sie meinen einen wirtschaftlichen Kollaps der Ukraine?**

Genau. An dieser Stelle müssen wir seine Taktik durchkreuzen. Wir, der Westen, müssen uns stärker und entschiedener wirtschaftlich und finanziell für den Aufbau von Staat und Wirtschaft in der Ukraine einsetzen.

> **Von welchem Umfang reden wir da?**

Das kann ich nicht genau beziffern. Es geht nicht nur darum, Geld zu liefern. Es müssen auch die Strukturen da sein. Aber wir brauchen ein klares, starkes, längerfristiges Engagement, das über das bisherige signifikant hinausgehen muss. Wenn wir weder Waffen noch wirtschaftliche Hilfe liefern, wird der Kollaps der Ukraine die Folge sein. Dann wird sie dem Chaos und Putins Einflussbereich anheimfallen.

> **Was wäre Ihrer Meinung nach aufzubauen?**

Das allerwichtigste sind Staatsstrukturen, in denen sich Wirtschaft und Investitionen verlässlich entwickeln können. Also muss die Hilfe zum Beispiel vor Korruption geschützt sein. Das braucht Zeit, aber es braucht eben auch Ressourcen, die wir liefern müssen.

> **Das wird dann die nächste Griechenland-Diskussion...**

Und dennoch müssen wir die Diskussion führen.